

# Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

## Unparteiische

# Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 112.

Dienstag den 17. Mai 1921

161. Jahrgang.

### Tageschronik

Eine deutsche Note an Briand stellt die von diesem gegen Deutschland vorgebrachten Anschuldigungen richtig. Durch Truppenverschiebungen der Alliierten ist eine weitere Verschärfung der Lage in Oberschlesien einsetzt. General Eschertz entsetzt; es besteht eine gewisse Spannung. Ein englisch-französischer Notenwechsel bezieht sich auf Oberschlesien. Die soziale Krise in England.

### Truppenverschiebungen in Oberschlesien.

**Verschärfung der Lage. — Pöbel und Rühmst von den Italienern geräumt.**

Die Stingschiefer haben eine Veränderung und Verschärfung der Lage infolge der Truppenverschiebungen gebracht, die in den gefährdeten Kreisen vorgenommen wurden. Nach dem Abmarsch der italienischen Truppen aus Wiala wurde der Ort von den polnischen Aufreiteren genommen, die 65 Mann starke Gruppe der deutschen Abwehrkommission entworfen und gefangen nahmen. Die italienischen Truppen räumten weiterhin die Kreise Pöbel und Rühmst. An den Städten Rühmst und Pöbel befinden sich nur noch schwache französische Besatzungen, so daß die Gefahr einer Besetzung dieser Städte durch die Aufständischen besteht. In Gogolin im Kreise Großschönau wurde von den Aufreiteren mit Artillerie Kampf geschossen. Es ist zu erwarten, daß die deutschen Abwehrkommissionen in Gogolin ein, da polnische Angriffe erwartet werden.

Von Seiten der Interalliierten Kommission ist mehrfach eine Besserung der Lage in Oberschlesien berichtet worden, die den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entspricht.

### Noch keine Verstärkungen eingetroffen.

Die polnischen Verbände entsenden eine lebhaftere Tätigkeit an der von ihnen besetzten Linie in den Streifen Kreuzburg, Rosenburg, Rastel und Naumburg. Die französische Besatzung in Wiala ist durch italienische Truppen abgelöst worden. Die Franzosen rücken nach Oppeln ab. Wieder sind im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet feindliche Verstärkungen der alliierten Truppen eingetroffen.

### Eine Bräute von den Polen beschneit.

Nach einer anderen, weniger zuverlässigen erfundenen Meldung sind die französischen Truppenverstärkungen angekommen, und zwar 16000 Mann in Naumburg. Nach amtlichen und italienischen Berichten sollen unterwegs sein. In Pöbel — Oberhausen haben die Polen wieder eine Bräute beschneit, die über die Städtchen führt.

### Leuten in Erwartung eines polnischen Angriffes.

Auf Veranlassung des Militärattachés sind wegen der unruhigen Verhältnisse über einen angeblich geplanten Heberfall auf die Stadt Weiden Verstärkungen entsandt worden, nach denen die lokale Theater und Kino am 2. Pfingstfeiertage bereits um 8 Uhr schließen müssen und der Verkehr auf den Straßen nur bis 9 Uhr abends gestattet ist.

### Kreuzburg greift zum Selbstschutz.

Die von den französischen Truppen hauptsächlich im Stich gelassenen Kreisbewohner von Kreuzburg haben in der gefährlichen Not um den Waffen gegriffen. Der Kreislag fordert von der Interalliierten Kommission Taten, und zwar sofortige Sicherung der gefährdeten und von den Verbänden schon besetzten Gebiete durch englische oder italienische Truppen. Solange diese Forderung nicht erfüllt wird, werden die Einwohner des Kreises sowie des Abstimmungsgebietes in Wiala in ihre Heimat bis zum letzten Mann verteidigen.

### Das Redewort Lloyd George — Briand.

Auf die Anfrage, die Lloyd George in seinen Unterredungen bezüglich Oberschlesiens gegen Frankreich richtete, hat Briand sofort in einer Kammerrede geantwortet, in der er u. a. erklärte: Der englische Ministerpräsident hat behauptet, daß Oberschlesien seit Jahrhunderten ein deutsches Land wäre und daß die polnische Bevölkerung dortin erst künstlich gekommen sei. Eine solche Behauptung ist historisch unrichtig. Solchen bilden einen Teil des Königreichs Böhmen, das aus Slavischen

### Deutsche Note an Briand.

In Beantwortung der Note Briands über den Aufbruch in Oberschlesien ist der französische Regierung am Sonntag folgende Note übergeben worden: Der Herr Ministerpräsident glaubt in seiner Note vom 7. Mai den Ursprung des Aufstandes einer falschen deutschen Zeitungsbearbeitung zuzuschreiben. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß es sich um die „Oberschlesische Grenzzeitung“, das Organ des bisherigen polnischen Plebiszitarkomitees Koranyi, handelt. Diese absichtlich gefälschte Veröffentlichung sollte offenbar als Warnsignal für die seit langem vorbereitete polnische Aufstandsbewegung dienen. Die Note geht mithin von einer falschen Voraussetzung aus, was übrigens auch Herr General Verond dem deutschen Bevollmächtigten in Doppel gegenüber ausdrücklich anerkannt hat.

In der Note wird ferner gesagt, daß die aus deutschen Quellen kommenden Meldungen über die Lage in Oberschlesien tendenziös gefälscht seien. Demgegenüber muß die deutsche Regierung mit Nachdruck feststellen, daß die tatsächlichen Zustände in Oberschlesien einen viel stärkeren Charakter tragen, als sie in der Note vom 7. Mai dargestellt sind. Trotz Wiederaufnahme der Arbeit an manchen Stellen ist irgendeine

Der Insurgentenführer Koranyi ist nach wie vor absoluter Herr der Lage, und es gelingt ihm häufig, seinen Machtbereich weiter auszuweiten; so ist am 10. Mai in durch einen mit modernen Kampfmitteln, unter Verwendung von Artillerie durchgeführten Angriff in seine Hände gefallen. Die Interalliierte Kommission verweist in dem größten Teile von Oberschlesien über keinerlei Macht.

Die in der Note enthaltenen schwerwiegenden Anschuldigungen sind demnach, wie dies auch bereits von Herrn General Verond ausdrücklich anerkannt worden ist, durchaus un begründet.

und deutschen Elementen gebildet war, und kann daher nicht als ausschließlich deutsch betrachtet werden. Durch Gewalt, ohne jedes Recht (!) hat Frankreich in der Nacht vom 17. auf den 18. Mai in der polnischen Provinz einverleibt, die polnische Herrschaft übertrug, also von kurzer Zeit her.

Deshalb hat nach acht Monaten Arbeit die Interalliierte Kommission beschlossen, Oberschlesien Polen zuzuwenden. In dem von den Alliierten einstimmig beschlossenen und von Deutschland unterzeichneten Friedensvertrag war Oberschlesien vollständig an Polen übergeben worden, erst später, um den deutschen Forderungen Rechnung zu tragen, bestach der Oberste Rat, die Volksabstimmung auszuschieben. Man verliert unter diesen Bedingungen die Verortung der Polen und daß ihre berechtigten Wünsche dahin gehen, daß die Volksabstimmung beschleunigt wird. Der Friedensvertrag bestimmt, daß das Ergebnis der Abstimmung nach 6 Monaten zu entscheiden werden soll. Bei der Grenzfestlegung soll der von der Bevölkerung ausgesprochene Wunsch maßgebend sein, ebenso die geographische und wirtschaftliche Lage der Grenzgebiete. Das Plebiszit ist nicht so anzusehen, daß man es in einem Augenblick betrachtet, sondern es muß Gemeinde für Gemeinde betrachtet werden, und die polnische Mehrheit ist im Aufbruch gegeben unerschütterlich (!) außer einzelnen lächerlichen Sprachspielen, in denen eine deutsche Mehrheit besteht. Demnach kann man Deutschland nicht das gesamte Schlesien abgeben, sondern nur die unterhalb von Wiala stehenden, selbstständig ihre Unabhängigkeit wünschenden.

Auf dem Entwurf des polnischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten, Fürsten Sapota, hat Briand erklärt, Frankreich werde auf keinen Fall einen Einmarsch der deutschen Armee in Oberschlesien zulassen, sprach aber die Hoffnung aus, daß die polnische Regierung ihre „Neutralitätspolitik“ aufrecht erhalten (!) werde, damit die Aufgabe der Interalliierten Kommission nicht erschwert werde.

### Das Echo im Inland und Ausland.

Nach an anderer Dimension. Ein amtlischer Berliner Stellen ist man der Ansicht, daß die feierlichen Erklärungen Lloyd Georges im Unterhause nicht allzu optimistisch hinzunehmen werden sollen. Es wird nunmehr den an sich existierenden Worten des englischen Ministerpräsidenten auch die Tat folgen, die sich für uns die Plebiszitfrage überlegen lassen. Man hat in die Lage verwickelt werden sollen, in Deutschland einzuwirken, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Wieleicht nimmt man uns das Recht ein, in Oberschlesien Hilfe zu leisten. Dieses Recht darf aber nicht mit allerlei Einschränkungen belastet werden, so daß alles wieder illusorisch werden würde.

**Anzeigenpreis** Der Tagel. Mittl. Zeitraum 30 Wk. und die laufende Monatsabrechnung wird vom Verleger auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Abrechnung 50 Wk. Vorzugsbezug. Norm. Anzeigensatz 11 Uhr vorm. Fernruf. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Die englische Presse über die Politik Lloyd Georges. „Daily News“ schreibt, es befänden makabere Beweise für die D r i e t e i e t a r a n der französischen Streitkräfte in Oberschlesien, der Aufstandsbewegung entgegenzutreten, in einem Ausmaß, wo das noch hätte geahndet werden können. In einem Barriere Blatt steht sogar, daß die französische Regierung beschließen habe, den Aufstandsbewegung in Oberschlesien entgegenzutreten und man laue, wenn die anderen Alliierten diesen „Beschluß“ nicht annehmen, würden Briand und seine Kollegen an der nächsten Sitzung des Obersten Rates nicht teilnehmen. „Daily News“ fügt hinzu, es bestände Grund, sich lieber eines Kommentars zu enthalten.

„Daily News“ erklärt, entweder bleibt Lloyd George in der ober-schlesischen Frage fest — oder er erwidert, was die Tür hinter sich und laßt, daß er erwidert werde, was er kraft seines Vortrefflichen tun muß —, oder Lloyd George gibt wieder einmal nach, und dann war alle die Erregung der letzten Tage überflüssig. Das Schicksal dieser Lage, was nicht leicht durch England auf den zahllosen Konferenzen der letzten Jahre immer wieder herein wühlte, das Schicksal vollbracht wurde. Jetzt hat sich Lloyd George in der ober-schlesischen Frage festgesetzt, und „Daily Chronicle“ unterstreicht diese Festsetzung durch die Worte, daß die polnischen Anordnungen nicht irrtümlich werden, aber wenn Briand neuer „Beschluß“ hätte, nämlich auf Italien zu drängen, so hätte die Lage noch viel leicht das Ziel sein, das Frankreich zur Seite lassen würde. Wäre es nicht der Fall, so würde die polnische Fronten und England fest zu verhalten drängen, so könnte man sagen, daß Deutschland die Entschlossenheit abwarten müde, selber aber geht es um unter Sab und Gut, und das bedarf der Erwähnung, mit der man dem weiteren Verlauf der Ereignisse entgegen sehen muß, ohne freilich allzu große Hoffnungen zu haben, daß weitere Interventionen dabei notwendig wären.

„Sun and Times“ sagt, Lloyd George sei völlig bereit, wenn Europa nichts unternehme, den von Polen Einhalt zu gebieten. Deutschland das Mandat dazu zu versehen. Gegen Briand werde er den gleichen Grundsatze für Polen anwenden.

### Die amerikanische Presse.

Die amerikanische Presse hofft, daß die australische Rede Lloyd Georges über Oberschlesien die Luft reinigen werde. „New York World“ über, daß die Worte des Premier ebenfalls die Franzosen wie an die Polen gerichtet waren. Das Blatt schreibt: Wenn nicht durch die Intervention einer internationalen Autorität, die den Schicksal des Landes überdauert hat, das Vertrauen wiederhergestellt wird, kann werden die Folgen furchtbar sein. „New York Globe“ sagt, die Alliierten seien ebenso verpflichtet, Deutschland gegen einen unerschrockenen polnischen Angriff zu schützen, wie umgekehrt. Wie weiter gemeint wird, verfallen die Renteinstreife in Washington die Lage mit Aufmerksamkeit.

### Das schlechte Gewissen.

Die französische Renz hat den Geheimen Rechnungen die Wiederernte der Rede Lloyd Georges nicht angetan. Der Reichser französische Divisionsgeneral hat die „Oberschlesische Landeszeitung“ auf die Dauer von vier Tagen verboten, weil sie einen Bericht über die Beendigung von bewaffneten Soldaten durch französisches Militär in der Stadt Weiden veröffentlicht hat.

### Die französische Antwort auf eine englische Note.

Die englische Regierung hat durch ihren Botschafter dem Ministerpräsidenten Briand eine Note über die Ereignisse in Oberschlesien überreicht, in der Lloyd George um eine baldige Zusammenkunft mit Briand bittet. Dieser erwiderte, daß er über diese Sache nicht verhandeln könne, bevor er mit dem Parlament Rücksprache genommen habe. Die Kammer soll am kommenden Donnerstag ihre Arbeiten aufnehmen. Wenn auch in gewissen Mäßen den Polen die Verantwortung für die Ereignisse in Oberschlesien aufzulege, so habe die polnische Regierung doch eine fortgesetzte Haltung beobachtet und die Grenze verengt. (!!) Die Note drückt Vermutungen darüber aus, daß die englische Regierung noch nicht die von der polnischen Regierung beabsichtigte Demarche in Berlin ausgearbeitet habe. Die französische Regierung behält formell, daß die Vertreter Frankreichs in Oberschlesien auch keinen Waffenstillstand (!) mit den Aufreiteren unter Restsetzung einer Demarkationslinie abgeschlossen habe. Endlich lenkt man dem französischen Reich, jemals die Alliierten haben, das gesamte Schlesien mit militärischer Gewalt Polen anzuverleihen. Wenn Deutschland in Oberschlesien mit Waffengewalt einwirkte, könnte Frankreich auf keinen Fall dem passiv zusehen. — „Reit Barrien“ hat









